



# Deutsch-französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat-

13. Juli 2017

*Schlussfolgerungen*

## **I. Stärkung der europäischen Verteidigung**

### **Ständige Strukturierte Zusammenarbeit**

Frankreich und Deutschland bekennen sich zur Förderung einer wahrhaft europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie dazu, dass die EU auch im Bereich der Sicherheit und Verteidigung ein echter globaler Akteur wird.

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Handlungsfähigkeit. Die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird Anstrengungen - ziviler wie militärischer Art - seitens der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Fähigkeiten erforderlich machen.

Im Bereich der gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung ist der Start einer inklusiven und ambitionierten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) nach Ansicht von Frankreich und Deutschland von höchster Wichtigkeit und stellt einen entscheidenden Schritt zur Förderung von Kohärenz, Kontinuität, Koordination und Kooperation dar. In ihrem Rahmen werden sich alle Mitgliedstaaten zusammenfinden, die dies möchten und die in Bezug auf anspruchsvollste Missionen bindendere Verpflichtungen eingehen.

Mit PESCO bietet der Vertrag von Lissabon EU-Mitgliedstaaten den politischen Rahmen, um durch koordinierte Initiativen und konkrete Vorhaben ihre Solidarität und Zusammenarbeit sowie ihre jeweiligen militärischen Instrumente und Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern; dies wird helfen, die Ziel der EU zu erfüllen. Und es wird die Fähigkeit sowohl der Europäer als auch der EU als Ganzes stärken, einen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität leisten. Eine langfristige Vision von PESCO könnte darin bestehen, ein Streitkräftedispositiv in der gesamten Bandbreite zu entwickeln - ergänzend zur NATO, die für ihre Mitglieder auch in Zukunft den Grundpfeiler der kollektiven Verteidigung bildet.

Um die Debatte über diese Verpflichtungen unter allen interessierten EU-Mitgliedern zu beleben, haben sich Frankreich und Deutschland auf eine Reihe von bindenden Verpflichtungen und Elementen für eine inklusive und ambitionierte PESCO geeinigt, einschließlich eines Zeitplans und gezielter Überprüfungsmechanismen. Diese Vorschläge können die Grundlage für eine breitere Vereinbarung der EU-Mitgliedstaaten bilden. Sie

würden ein hohes Ambitionsniveau einer künftigen PESCO sicherstellen. Sie könnten zum Kern einer bindenden Verpflichtungen werden, die dann unverzüglich zu einer Notifizierung führen.

Mit Blick auf die Operationalisierung der PESCO kamen Frankreich und Deutschland überein, konkrete Projekte zu identifizieren. Sie rufen alle EU Mitgliedstaaten auf, diesen Prozess voranzubringen.

## **Europäischer Verteidigungsfonds**

Frankreich und Deutschland unterstützen den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) als wichtige Säule für die Integration des europäischen Verteidigungssektors. Wir begrüßen ferner den Vorschlag für eine Verordnung zum Europäischen Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP) als wichtigen Schritt hin zur Vereinfachung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, um Synergien zu schaffen und europäische Verteidigungsfähigkeiten und die strategische Unabhängigkeit Europas zu stärken. Der EDF sollte daher mit Koordinierten, Jährlichen Überprüfungen der Verteidigungsplanungen der Mitgliedstaaten (CARD) und mit der PESCO verknüpft werden. Konkrete multinationale Projekte sind für eine weitere Strukturierte Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung. Wir haben erste Beispielprojekte ermittelt, um den EDF/EDIDP von Anfang an zu fördern. Weitere Projekte werden in den kommenden Wochen folgen.

Frankreich und Deutschland werden eng zusammenarbeiten, um durch den Rat weitere gemeinsame Impulse für den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zum EDIDP zu geben.

### **I. Gemeinsame Entwicklung militärischer Fähigkeiten**

#### **Landsysteme der nächsten Generation**

Frankreich und Deutschland werden ihre Zusammenarbeit beim Bau eines gemeinsamen Nachfolgers der heutigen Kampfpanzer- und Artilleriesysteme fortführen. Die Zusammenarbeit soll für andere Mitgliedsstaaten geöffnet werden, wenn diese Planungen hinreichend ausgereift sind. Nach erfolgreichem Abschluss der bilateralen Konzeptstudienphase wird bis Mitte 2018 ein Fahrplan für die nächste Phase ausgearbeitet. Zur Erarbeitung einer gemeinsamen Vision unserer Rüstungskoooperation im Landbereich wird eine hochrangige Arbeitsgruppe eingesetzt.

#### **Seeaufklärungssysteme**

Frankreich und Deutschland kommen überein, dass sie eine europäische Lösung anstreben, um die aktuellen französischen und deutschen Fähigkeiten zu ersetzen. 2018 wird ein gemeinsamer Fahrplan erarbeitet.

#### **Eurodrohne**

Frankreich und Deutschland betonten die Bedeutung des Grundsatzes, dass beide Länder gemeinsam - und zusammen mit Spanien und Italien - im Eurodrohnen-Programm bleiben. Frankreich und Deutschland sind übereingekommen, die aktuelle Konzeptstudie auf der Grundlage eines zweimotorigen Designs fortzuführen, um vereinbarte zentrale Aufträge und deutsche Zulassungsanforderungen zu erfüllen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die

Vereinbarkeit von Einsatzleistung (einschließlich Verlegbarkeit und Wartungsaufwand) und Finanzierbarkeit über den gesamten Lebenszyklus hinweg gerichtet sein. Die Eurodrohne wird über ein europäisches Missionseinsatzsystem, mit allen erforderlichen militärischen Fähigkeiten verfügen. In diesem Rahmen wird Deutschland das Programm leiten. Wir streben einen Entwicklungsvertrag vor 2019 an.

### **Kampfflugzeuge**

Frankreich und Deutschland kommen überein, gemeinsam ein Künftiges Kampfflugzeug zu entwickeln, um langfristig ihre aktuellen Kampfflugzeugflotten zu ersetzen. Beide Partner haben das Ziel, bis Mitte 2018 einen gemeinsamen Fahrplan zu erarbeiten.

### **Hubschrauber**

Frankreich und Deutschland kommen überein, einen Rahmen für die Zusammenarbeit bei der nächsten Generation des Tiger-Hubschraubers und einem gemeinsamen Programm für taktische Luft/Boden-Flugkörper zu schaffen.

### **Raumfahrt**

Frankreich und Deutschland kommen überein, dem Europäischen Auswärtigen Dienst Satellitenbilder (SARah/CSO) zur Verfügung zu stellen, nach Möglichkeit in Partnerschaft mit anderen Mitgliedstaaten. Sie kommen ferner überein, mit dem Ziel einer gemeinsamen koordinierten Weltraumlage im Bereich der militärischen Überwachung des Weltraums zusammenzuarbeiten. Sie betonen, dass für das Galileo-Programm ein hohes Sicherheitsniveau nötig ist, um die strategische Unabhängigkeit Europas (insbesondere bezüglich militärischer Anwendungen) und die internationale Glaubwürdigkeit von Galileo zu gewährleisten.

### **Digitale Zusammenarbeit**

Frankreich und Deutschland kommen überein, eine Strukturierte Zusammenarbeit zwischen ihren jeweiligen Cyberkommandos einzugehen, auch durch den Austausch von Personal in diesem Bereich. Sie werden ferner Analysen austauschen, insbesondere zu Systemen der Cybersicherheit, die in von beiden Ländern gemeinsam entwickelte Waffensysteme integriert werden sollen, und die gemeinsame Entwicklung von Algorithmen für Software-Netzwerke beschleunigen. Deutschland wird sich der europäischen ESSOR-Initiative der OCCAR zur Entwicklung einer interoperablen softwaredefinierten Funktechnik anschließen.

### **Innovation**

Frankreich und Deutschland werden eine engere Zusammenarbeit bei Forschung und Technik im Verteidigungsbereich fördern. Insbesondere werden sie mit dem Ziel einer größtmöglichen gemeinschaftlichen Finanzierung und der Vermeidung von Konkurrenz zwischen unseren beiden Ländern an gemeinsamen Prioritäten arbeiten, die im Rahmen der neuen Europäischen Vorbereitenden Maßnahme und des künftigen Europäischen Verteidigungsforschungsprogramms finanziert werden sollen.

Frankreich und Deutschland werden eine gemeinsame Strategie erarbeiten, um Forschung und Technik im Bereich der digitalen Dual-use-Technologie (weit gefasst - einschließlich künstliche Intelligenz, Robotik, Quantencomputing) zu bündeln und zu intensivieren und die Auswirkungen dieser Technologie auf den Verteidigungsbereich zu analysieren. Ein

gemeinsamer industrieller Fahrplan wird erarbeitet werden, in dem unter Berücksichtigung bestehender Initiativen vorrangige Bereiche ermittelt, der Transfer von Wissen von der Forschung in die Industrie erleichtert und Finanzmechanismen identifiziert werden.

## **Überprüfung des Sachstands**

Die Verteidigungsminister Deutschlands und Frankreichs werden im Oktober 2017 zusammenkommen, um die Fortschritte bei den genannten gemeinsamen Maßnahmen zu überprüfen.

Deutschland und Frankreich werden daran arbeiten, ihre Rüstungsexport-Kontrollrichtlinien zu koordinieren.

## **II. Verbesserung der operativen Zusammenarbeit**

### **G5-Sahel-Zusammenarbeit**

Die Sahelzone ist zahlreichen Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt, insbesondere einem konstanten Druck durch terroristische Vereinigungen und Schmuggel in großem Stil. Frankreich, Deutschland und die G5-Sahel-Länder haben ein gemeinsames Interesse daran, diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Initiative zur Unterstützung der Entwicklung einer multinationalen G5-Eingreiftruppe, um illegale grenzübergreifende Aktivitäten und terroristische Vereinigungen wirksamer bekämpfen zu können. Um Eigenverantwortung zu gewährleisten, sollten die G5-Länder selbst ambitionierte Beiträge leisten. Deutschland und Frankreich beabsichtigen, die Fähigkeiten der multinationalen G5-Eingreiftruppe durch Ausrüstung und Ausbildung substanziell zu unterstützen. Diese Initiative markiert einen Ausgangspunkt für verstärkte bilaterale europäische Unterstützung und ist Bestandteil der übergreifenden gemeinsamen Bemühungen der VN und der EU. Künftig würde die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Koordinierung der Unterstützung der EU sowie gegebenenfalls der Mitgliedstaaten eine zentrale Rolle spielen.

### **NATO**

Als Teil der verstärkten Vornepräsenz des Bündnisses wird Frankreich mit Deutschland als Rahmennation 2018 Truppen für den von Deutschland geführten NATO-Gefechtsverband in Litauen stationieren. Dieser gemeinsame Einsatz wird einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Interoperabilität unserer Streitkräfte leisten.

### **Zusammenarbeit der Luftstreitkräfte**

Im Einklang mit dem von den Verteidigungsministern am 10. April unterzeichneten Regierungsabkommen haben sich Frankreich und Deutschland verpflichtet, bis 2021 eine binationale Einheit militärischer Transportflugzeuge des Typs C130J zu schaffen und in Evreux ein bilaterales Ausbildungszentrum einzurichten. Diese Initiative wird einen Beitrag zur Schaffung einer gemeinsamen Einsatzkultur unserer Luftstreitkräfte leisten.

## **III. Gewährleistung von Sicherheit und Bekämpfung des Terrorismus**

### **Gewährleistung der Umsetzung angenommener EU-Rechtsvorschriften**

Frankreich und Deutschland werden die effektive Durchführung systematischer Kontrollen an den EU-Außengrenzen im Einklang mit dem neuen, seit dem 7. April 2017 wirksamen Artikel

8-2 des Schengener Grenzkodex gewährleisten. Um übermäßige Beeinträchtigungen zu vermeiden, bitten sie die EU um finanzielle Unterstützung, um in den Mitgliedstaaten die nötige Infrastruktur zu schaffen.

Sie sind bereit, die EU-Partner bei der Erfüllung der Richtlinie zu PNR-Daten, die bis zum 25. Mai 2018 umgesetzt sein muss, juristisch und technisch zu unterstützen, auch durch EU-LISA. Hierbei sollten auch Billigflieger und transeuropäische Flüge erfasst werden.

Frankreich und Deutschland unterstützen eine Frontex-Übung an den EU-Außengrenzen vor Ende 2017, um die Wirksamkeit des Frontex-Soforteinsatzpools von 1500 Grenzschutzbeamten (wie im Frontex-Fahrplan vorgesehen) zu gewährleisten.

### **Weitere Stärkung der europäischen Sicherheit**

Frankreich und Deutschland werden der Annahme des Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) vor Ende 2017 sowie der Umsetzung des Einreise-/Ausreisensystems (EES) Priorität beimessen. Unabhängig davon werden sie gemeinsam Möglichkeiten für die Registrierung von Überschreitungen der EU-Außengrenzen durch EU-Bürger prüfen. Sie werden sicherstellen, dass der gemeinsame Antrag Frankreichs und Deutschlands für eine Änderung von Artikel 25 des Schengener Grenzkodex weiter bearbeitet wird; Ziel ist es, mehr Flexibilität für die Wiedereinführung zeitlich begrenzter Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen zu schaffen, wenn solche benötigt werden sollten.

Frankreich und Deutschland werden in Kürze eine Absichtserklärung auf dem Gebiet der Cybersicherheit unterzeichnen. Sie unterstützen den Vorschlag für eine neue europäische Cybersicherheits-Strategie. In diesem Zusammenhang werden sie die Schaffung einer europäischen Zertifizierung und gemeinsamer technischer Standards, die von allen Mitgliedstaaten zu billigen sind, fördern.

Frankreich und Deutschland unterstützen die Einrichtung eines europäischen Zentrums für die Verhütung und Bekämpfung von Radikalisierung in Erweiterung des Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung (RAN).

Sie ermutigen die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzentwurfs, der die Umsetzung der Vorschläge der hochrangigen Expertengruppe für Informationssysteme und Interoperabilität gewährleisten soll.

### **Informationsaustausch**

Frankreich und Deutschland sind entschlossen, zwischen den EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf ausländische terroristische Kämpfer sowie innerhalb der EU radikalisierte Einzelpersonen verstärkt Kenntnisse auszutauschen; wir sind ferner entschlossen, politische Maßnahmen zum Umgang mit dieser Bedrohung voranzubringen.

### **Terroristischen Gruppierungen die Nutzung des Internets verweigern**

In ihrem Kampf gegen Terrorismus und Radikalisierung sowie eingedenk ihres Bekenntnisses zur freien Meinungsäußerung sind Frankreich und Deutschland entschlossen, den Missbrauch von Internet und sozialen Medien durch terroristische Gruppierungen anzugehen.

Sie rufen Internetanbieter auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um zu gewährleisten, dass Inhalte, mit denen terroristische Propaganda, illegale Hassparolen und gewalttätiger Extremismus im Internet verbreitet werden sollen, schnell und dauerhaft gelöscht werden. Sie sollten innerhalb von 24 Stunden nach dem entsprechenden Hinweis durch die zuständigen Behörden vollständig entfernt werden. Internetdienstleister und die Administratoren einschlägiger Anwendungen müssen dieses Ziel mit angemessenen Mitteln verfolgen;

insbesondere müssen sie dringend neue Technologien und Werkzeuge entwickeln und teilen, um die automatische Erkennung und Entfernung von Inhalten zu verbessern, die zu terroristischen Handlungen anstiften. Frankreich und Deutschland rufen die Mitgliedstaaten und Internetanbieter auf, sich diesbezüglich mit der Europol-Meldestelle für Internetinhalte abzustimmen. Sie werden uns untereinander abstimmen und rufen auch die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zu teilen, wenn es darum geht, die Fähigkeiten zu verbessern, diese Inhalte zu melden, sobald sie im öffentlichen Raum erscheinen.

Sie rufen die Internetanbieter ferner auf, auf Anfragen, die Strafverfolgungsbehörden im Rahmen ihrer Nachforschungen stellen, rasch und systematisch zu antworten. Die Verfügbarkeit von Daten sollte gewährleistet sein. In umfassender Anerkennung der Wichtigkeit von Übermittlungsverschlüsselung müssen die durch solche Systeme entstehenden Herausforderungen dennoch mit geeigneten Maßnahmen und Schutzvorrichtungen angegangen werden, da sie Terroristen die Möglichkeit geben, untereinander zu kommunizieren. Frankreich und Deutschland rufen die Administratoren der einschlägigen Anwendungen zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden auf.

Ein effektiver Zugang zu elektronischen Beweismitteln, auch durch Datenspeicherung, ist im Kampf gegen den Terrorismus unabdingbar. Diese Maßnahmen sollten erforderlichenfalls durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen auf EU-Ebene ergänzt werden. Frankreich und Deutschland begrüßen und ermutigen zur weiteren Entwicklung der verschiedenen Maßnahmen von Internetanbietern und Administratoren einschlägiger Anwendungen, um alternative und positive Narrative zivilgesellschaftlicher Akteure als Antwort auf terroristische Propaganda im Internet zu fördern.